Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(5.3.1975) Drucksache 8/1363

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 1363
(zu Drs. 8/1342)
05. 03. 75

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD und FDP

Innere Sicherheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die besonnene Haltung aller Repräsentanten unseres demokratischen Staates, die zur Freilassung des Vizepräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses und Berliner CDU-Vorsitzenden geführt hat, findet die entschiedene Unterstützung auch aller Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft.

Die Erhaltung des freiheitlichen Rechtsstaates wird allein durch die Gemeinsamkeit aller Demokraten in der Bundesrepublik gewährleistet. Diese Gemeinsamkeit darf sich nicht auf die Verfolgung des politischen Terrorismus und Radikalismus beschränken, sondern muß die Beseitigung der Ursachen einschließen. Dafür ist u. a. notwendig:

— der weitere entschiedene politische Ausbau des sozialen und liberalen Rechtsstaates;

— die Ablehnung jedes Bündnisses der demokratischen Parteien mit politischen Gruppierungen und Parteien, die den freiheitlichen Rechtsstaat bekämpfen, das gilt gleichermaßen für Rechts- wie für Linksextremismus;

— die Verweigerung der Übernahme in den öffentlichen Dienst für alle Gegner unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die Bremische Bürgerschaft tritt mit Nachdruck für diese Gemeinsamkeit ein und verurteilt jeden Versuch, sie aus parteipolitischem Egoismus zu durchbrechen.

Die innere Sicherheit dieses Staates ist Sache aller demokratischen Parteien und darf unbeschadet der politischen Diskussion nicht zu gegenseitigen Verdächtigungen führen.

Die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, daß die notwendige staatliche Abwehr der Verfassungsgegner die Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers unangetastet läßt. Ein Abbau von Errungenschaften des liberalen Rechtsstaates darf darum nicht stattfinden.

Kähler und Fraktion der SPD
John und Fraktion der FDP

Druck: Bremer Nachrichten GmbH & Co.